

Anlässlich des Nationalfeiertages am 26. Oktober 2006:

Neutralität und soziale Sicherheit statt Eurofighter und Kriegseinsätze!

Am 26. Oktober wird die Beschlussfassung des österreichischen Neutralitätsgesetzes im Jahr 1955 gefeiert. Der völkerrechtliche Kern der Neutralität ist die Verpflichtung, sich *prinzipiell* an keinen Kriegen zu beteiligen. Die Anschaffung von 18 Kampfflugzeugen Eurofighter für EU-Kriegseinsätze gehört nicht zu dieser Verpflichtung - im Gegenteil. Bei der konstituierenden Sitzung des Nationalrates am 30. Oktober 2006 wird sich zeigen, wie glaubwürdig SPÖ und Grüne sind. Beide haben vor der Wahl versprochen, für einen Ausstieg aus dem Eurofighter-Ankauf zu stimmen.

Teuerstes Rüstungsprojekt ...

Der Ankauf der 18 Kampfflugzeuge Eurofighter ist das teuerste Aufrüstungsprojekt Österreichs in der Geschichte der Zweiten Republik. Alleine die Anschaffungskosten betragen rund 2 Milliarden Euro. Inklusive der Übergangslösung, der Betriebskosten, etc. wird sich der Gesamtbetrag auf bis zu 6 Milliarden Euro erhöhen. Und das in Zeiten, in denen gleichzeitig beim Sozial-, Bildungs- und Gesundheitsbereich eisern gespart wird! Das Geld wäre in soziale Sicherheit besser investiert.

... **gegen Neutralität** ... Speziell die ÖVP argumentiert heute damit, dass die Eurofighter zur Verteidigung der Neutralität notwendig seien. Ab-

gesehen davon, dass sich im Neutralitätsgesetz keine Verpflichtung zum Ankauf von Kampfflugzeugen findet, ist diese Argumentation besonders zynisch. So hat vor allem auch die ÖVP in der Vergangenheit an der schrittweisen Aushöhlung der Neutralität aktiv mitgewirkt, indem das Bundesheer von einer Verteidigungs- zu einer Einsatzarmee umgewandelt und die Beteiligung Österreichs an der EU-Interventionstruppe und den EU-Schlachtgruppen für weltweite Kriegseinsätze beschlossen wurde. Zu diesem Zweck hat man sich auf einen Aufrüstungskurs eingeschworen, der als Ziel mehr als eine Verdoppelung der jährlichen, offiziellen Militärausgaben vorsieht. Deshalb auch die Beteiligung Österreichs an der



EU-Rüstungsagentur, die diese Aufrüstung überwachen und koordinieren soll. Wer die Neutralität wirklich verteidigen will, muss sich dafür einsetzen, diese Entwicklung rückgängig zu machen.

... und für EU-Kriegseinsätze.

Die Eurofighter dienen nicht der Verteidigung der Neutralität. Der Eurofighter ist 1. ein „europäisches Produkt“ und 2. von den technischen Daten her ein Mehrzweck-Kampfflugzeug, das besonders für Auslandseinsätze geeignet ist. Das österreichische Verteidigungsministerium unterstreicht: „Der Eurofighter [ist] mit voller Interoperabilität in Bezug auf die europäischen Eurofighter-Nutzerstaaten (GB, IT, ES, D) am besten für

Die Werkstatt Frieden & Solidarität fordert:

Neutralität statt Kriegseinsätze!

- Für einen Ausstieg aus dem Eurofighter-Ankauf! Soziale Sicherheit statt Aufrüstung!
- Raus aus den EU-Schlachtgruppen und der EU-Rüstungsagentur!
- Rückzug der österreichischen Soldaten aus den EU-Militäroperationen im Kongo und in Bosnien-Herzegowina sowie aus der NATO-Militäroperation im Kosovo!
- Für einen Ausstieg aus EURATOM!

Weitere Informationen im Internet unter
www.werkstatt.or.at



Werkstatt Frieden & Solidarität

- eine antimilitaristische Initiative
- für ein aktiv neutrales Österreich
- eine EU-oppositionelle Initiative
- für eine solidarische Gesellschaft

Weitere Informationen:
Werkstatt Frieden & Solidarität
Waltherstr. 15, A-4020 Linz
Tel. (0732) 77 10 94, Fax (0732) 79 73 91
E-Mail office@werkstatt.or.at
Internet www.werkstatt.or.at

**Wir sind bei unserer Arbeit auf
Ihre Spenden angewiesen:**
Konto 6274146, BLZ 34777
Raiffeisenbank Perg

internationale Einsätze im europäischen Verbund geeignet“. Das hat mit Neutralität nichts, aber mit EU-Kriegseinsätzen und der Einbindung Österreichs in die EU-Rüstungsindustrie viel zu tun. Auch das Argument mit den „Gegengeschäften“ ist hanebüchen. Würde man das Geld in den Sozial-, Bildungs- und Gesundheitsbereich investieren, käme es unmittelbar der Allgemeinheit zugute, anstatt die Gewinne weniger Privat-Firmen aufzubessern.

Demokratiepolitische Sprengkraft. Die vollständige Offenlegung des Eurofighter-Kaufvertrages und die Einrichtung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses sind wichtige Anliegen, um die dubiosen Umstände der Kaufentscheidung aufzuklären und die politischen Entscheidungsträger zur Verantwortung ziehen zu können. Aber sie sind zu wenig und dürfen nicht dazu missbraucht werden, das wichtigste Ziel aufzuschieben: den Ausstieg aus dem Eurofighter-Ankauf. SPÖ-Chef Alfred Gusenbauer hat sich klar festgelegt: „Mit mir als Bundeskanzler gibt es keine Eurofighter“. Und weiter: „Aus dem Eurofighter-Vertrag komme man in jedem Fall heraus. Die Frage sei nur, ob mit oder ohne Pönale. Jedoch sei auch ein Ausstieg mit Pönale in jedem Fall billiger als die sechs Milliarden Euro, die die Eurofighter über die Jahre gerechnet kosten würden“ (Kurier, 26.8.2006). Auch die Grünen haben sich ähnlich festgelegt. Bei der konstituierenden Sitzung des Nationalrates am 30. Oktober 2006 sind sie deshalb aufgefordert, ihre Wahlversprechen einzulösen und im Interesse der Mehrheit der Menschen in Österreich für einen Ausstieg aus dem Eurofighter-Ankauf zu stimmen. Damit hat die Eurofighter-Frage nicht „nur“ eine friedens- und sozialpolitische Dimension, sondern auch eine demokratiepolitische Sprengkraft.

Werkstatt Frieden & Solidarität (Hg.)

Auf dem Weg zur EU-Militärprovinz

Die Militarisierung Österreichs

Broschüre, 44 Seiten, EUR 2,- (exkl. Porto)
Linz 2005



Die Broschüre zeigt in kompakter Form, wie das politische Establishment Österreich zu einer Militärprovinz einer werdenden militärischen Supermacht EU degradiert. Die Beteiligung Österreichs an der EU-Interventionstruppe und den EU-Schlachtgruppen, die (bisherigen) Auslandseinsätze des Bundesheeres mit Südosteuropa als österreichischem Interessengebiet, die militärische Aufrüstung in Österreich und vieles mehr werden beleuchtet.

**Bestellungen an: Werkstatt Frieden & Solidarität,
Waltherstr. 15, A-4020 Linz, Tel. (0732) 77 10 94,
Fax (0732) 79 73 91, E-Mail office@werkstatt.or.at,
Internet www.werkstatt.or.at**



Antwortkupon

Ja, ich will

- ein kostenloses Probeexemplar der Zeitung *guernica*
 - ein Jahresabo (10 Nummern) der *guernica* (mind. EUR 9,-)
 - ein Halb-Jahresabo (5 Nummern) der *guernica* (mind. EUR 5,-)
 - ein Mehr-Jahresabo der *guernica* (mind. EUR 9,-/Jahr) für ___ Jahre
 - ein Auslands-Jahresabo der *guernica* (mind. EUR 18,-)
 - ein Geschenk-Jahresabo (10 Nummern) der *guernica* (mind. EUR 9,-) für:
-
- ___ Stk. der aktuellen *guernica* für die Kolportage (EUR 0,50/Stk.; ab 5 Stk.) (EUR 0,50/Stk. bleiben beim Verkäufer/bei der Verkäuferin)
 - bei der Werkstatt mitarbeiten. Ruft mich an oder mailt mir!
 - Friedenssteuer leisten. Schickt mir bitte ein Formular.
 - Mitglied der Werkstatt Frieden & Solidarität werden (mind. EUR 25,-/Jahr inkl. *guernica*-Abo)

Bitte
ausreichend
frankieren!

Name:

Adresse:

Telefon:

E-Mail:

Schickt ein kostenloses Probeexemplar der *guernica* an:

.....

An die

**Werkstatt
Frieden & Solidarität**

Waltherstr. 15
A-4020 Linz